Nichts Neues von Herrn Besier

Ein Heft der Zeitschrift *Kirchliche Zeitgeschichte** mit dem Themenschwerpunkt: Die Kirchen, das südliche Afrika und der politische Kontext weckt hohe Erwartungen. Denn es ist nicht von der Hand zu weisen, daß nach dem Ende des Kalten Krieges und dem damit verbundenen Auslaufen der Stellvertreterkriege in der Dritten Welt die Zeit für eine behutsame, differenzierte Aufarbeitung der Geschichte des südlichen Afrika gekommen ist, die auch die Sichtverkürzungen auf allen Seiten ausweist. Dabei eignet sich diese Region mit der spezifischen Apartheidspolitik und der weltweiten Antiapartheidsbewegung (AAB) in besonderer Weise dazu, den Zusammenhang von politisch-ideologischen Voraussetzungen (Revolution oder Entwicklung?), theologischen Positionen (Status confessionis), sozialetischen Grundsatzfragen (Gewalt oder Gewaltlosigkeit?) und kirchenpolitischen Spannungen (wie etwa zwischen kirchlichen Gruppen innerhalb der EKD oder auch zwischen EKD und BEK) sichtbar zu machen.

Diese Erwartungen erfüllt Heft 2/1996 der KZG jedoch leider nicht. Schon die Einleitung läßt nicht eine differenzierte Aufarbeitung erwarten, sondern einen polemischen Rundumschlag gegen die AAB, das „Plädoyer für eine ökumenische Zukunft“, einzelne „linke Pfarrer mit prophetischem Anspruch“ (225), aber auch gegen das Antirassismuskonzept des ÖRK, den BEK/DDR und nicht zuletzt das SED-Regime, das sich die ökumenischen Kontakte der Kirchenleute aus der DDR eifrig zunutze machte.

So hat wohl vor allem der Ärger über eine aufgrund innerkirchlicher Kontroversen abgesagte Tagung den Tenor des Heftes bestimmt, obwohl ja Herr Besier schon bei der Planung wußte, mit wem er es zu tun bekam, nämlich mit den „befangenen grauen Eminenzen der AAB in Heidelberg, Stuttgart, Hannover, Berlin oder Genf“ (224). Darum konnte wohl auch nicht viel anderes herauskommen als eine Bestätigung längst bekannter Theorien von Herrn Besier: die Entlarvung der unheiligen Allianz des ÖRK mit marxistischen revolutionären Utopien, die Kumpanei der Evangelischen Kirche in der DDR mit dem SED-Staat, abgesichert durch ein dichtes Netz von IMs, deren beiläufige Erwähnung Bände sprechen soll, die Hinwendung der DDR-Kirchen zu den sozialen Menschenrechten, wodurch der Gegensatz zur EKD unüberbrückbar wurde, die an dem klassischen Verständnis der Menschenrechte wider alle Anfechtungen aus der Ökumene und aus dem Osten festhielt.

Doch das simple Schwarz-Weiß-Denken ist zu einfach; es erinnert an die schlichte Formel „Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht“ aus Orwells „Farm der Tiere“, die den realexistierenden Christen in der DDR immer als ein Abbild „parteilichen Denkens“ erschien, das zu „klaren Feindbildern“ verhalf. Damals haben wir gelernt, daß man sehr genau hinsehen muß, bevor man parteilich urteilt. Auch nach dem Untergang des sozialistischen Systems genügt Antikommunismus allein nicht, um Gut und Böse zu unterscheiden: Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit ist nicht dadurch erledigt, daß es als Kommunismus abqualifiziert wird, und der ideologisch-politische Gegensatz zwischen dem ANC Mandelas und der IFP Butheleziis genügt zu keiner Zeit zur Rechtfertigung der Homeland-Politik des letztgenannten und der Gewalt-

* 9. Jahrgang, Heft 2/1996, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. S.217ff.

tätigkeiten seiner Stoßtrups in den townships von Durban und Johannesburg. Aber auch die intensive Debatte über Gewalt und Gewaltlosigkeit im ÖRK, in der EKD und im BEK kann nicht einfach auf den Gegensatz zwischen Ost und West verrechnet werden. Wer in diesen Debatten mitgewirkt hat, weiß noch, wieviel stärker es damals um theologische und sozialethische Grundpositionen ging als um ideologische Parteinahme, so wie auch der Streit um den „status confessionis“ nicht einfach als Politisierung der Kirche abgetan werden kann, sondern die stets notwendige Frage nach der Reichweite christlicher Verantwortung wachhält (vgl. Rainer Mayer, Kriterien für den Status Confessionis in ökumenischer Sicht, 307ff).

Die Notwendigkeit einer vorurteilsfreien Aufarbeitung der „Südafrika-Problematik“ im Verhältnis zum ÖRK macht auch der Beitrag von Armin Boyens, der selbst einmal Mitarbeiter des ÖRK in Genf war, deutlich (232ff). Er stellt richtig fest, daß mit der Weltkonferenz Kirche und Gesellschaft 1966 eine offensive Bekämpfung der Apartheid einsetzte, die nach Uppsala 1968 zur Entwicklung des Antirassismusprogramms (ARP) führte. Aber wenn er behauptet, der ÖRK habe einen „Feldzug gegen den Rassismus“ im Stile eines Kreuzzugs losgetreten, verkennt er den bewußt zeichenhaften Charakter des ARP, das wohl Partei gegen die Apartheid als „Häresie“ ergriff, aber doch eher der Bewußtseinsbildung in den Kirchen diene als dem politischen Kampf. Denn auch der umstrittene Sonderfonds sollte ja nicht Kampfmaßnahmen unterstützen, sondern humanitäre Unterstützung gewähren. Details jener Debatten kann man durchaus kritisch nacharbeiten: also etwa die Frage, ob man Kirchensteuermittel fraglos dafür einsetzen durfte, ob die Kriterien für die Vergabe wirklich effektiv überprüft wurden. Aber dem ÖRK zu unterstellen, er hätte durch seinen Feldzug mit all seinen Appellen das Apartheidssystem politisch überwinden wollen, verzeichnet doch sehr stark die generelle Linie des ÖRK, der sehr wohl um den kirchlichen Charakter seiner Programme wußte. Wenn Boyens im Resümee seines Beitrags feststellt, der ÖRK habe es nicht geschafft, erst der Boykott der USA und ihrer Verbündeten habe das Apartheidssystem in die Knie gezwungen, dann erkennt er doch an, daß der Boykott ein geeignetes Mittel war, Wirkung zu zeitigen, entsprechend den Appellen von AAB, ÖRK, ANC und SACC u. a., die vorher gerade dafür kritisiert wurden.

Auch die Proklamation des „Programms zur Überwindung von Gewalt“ von 1994, das während der Tagung des Zentralaussschusses des ÖRK ausgerufen wurde, kann nicht lediglich als Eingeständnis des Scheiterns des „Feldzugs gegen den Rassismus“ angesehen werden, auch nicht als Einschwenken auf eine „kontextuelle Theologie“, die nach Boyens nur negativ zu bewerten wäre. Das neue Programm ist eine angemessene Reaktion auf das Ende des Apartheidsystems. Wer seine Ausrufung während des Eröffnungsgottesdienstes in Johannesburg 1994 miterlebt hat, kann es nicht als Absage an den bisherigen Kurs von ÖRK und SACC bewerten, sondern als situationsgemäße Fortschreibung desselben. Außerdem darf man nicht vergessen, daß das ARP ja ebenfalls fortgeschrieben wurde, wobei Rassismus mit Recht als ein weltweites Problem definiert wird (vgl. Rahmendokument zum Rassismus, ZA 1995, Genf). Daß der ÖRK im Hinblick auf seine Vergangenheit nicht sakrosankt ist, sollte man zugeben. Nicht nur der von Boyens kritisierte einseitige Beschluß des Zentralaussschusses von Moskau 1989, sondern auch andere Einseitigkeiten in der Bewertung und falsche Rücksichtnahmen auf östliche Mitgliedskirchen müssen aufgearbeitet werden. Sie haben aber auch bereits innerhalb des ÖRK kritische Erwähnung gefunden. Alles in allem möchte man die Konfliktpartner auf allen Seiten an

einen Tisch bitten, um ein offenes und authentisches Gespräch zu führen, miteinander zu reden, nicht übereinander.

Diese Einstellung ist nun freilich in dem umfangreichen Beitrag von Gerhard Besier nicht zu finden: „Das Programm des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus (PCR), afrikanische Volksrepubliken und die deutschen Kirchen“ (251ff). Gemäß seiner in zahlreichen Veröffentlichungen zum Thema Kirche in der DDR erprobten Methode hält er sich an Akten, nicht an Fakten. Während die Berechtigung einer Stellungnahme gegen den Rassismus von ihm an keiner Stelle gewürdigt und die Herstellung einer Verbindung der Rassismusfrage mit sozialen, ökonomischen und politischen Grundfragen als ideologische Voreingenommenheit abgewiesen wird, wird gegen die Stellungnahmen aus der „Zweiten“ und „Dritten“ Welt kritisch eingewandt (253), daß ihre Verfasser keine wirtschaftlichen Interessen in den Staaten hatten, die sie kritisierten, sondern Kontakte zu den „meist kommunistisch orientierten Befreiungsbewegungen unterhielten“, was zwar die unterschiedlichen Stellungnahmen in Ost und West erklären könnte, aber nicht legitimiert. Auch kann man die Tatsache nicht gegen die Verfechter des ARP ins Feld führen, daß sie diejenigen auf die Anklagebank gesetzt hätten, die ihre eigenen Aktivitäten finanzieren (254f). Hätten sie also aus Dankbarkeit schweigen sollen?

Vollends die Beschreibung des ARP in den Kirchen des BEK in der DDR erweist sich als voreingenommen und einseitig. Den Kirchen in der DDR war von Anfang an klar, daß das Eintreten für das ARP die Gefahr der Vereinnahmung durch die DDR mit sich brachte. Das wurde entschieden diskutiert, zumal es immer wieder Kritik am ARP aus einzelnen Landeskirchen und von bestimmten Persönlichkeiten gab, wie auch Besier dokumentiert. Aber trotzdem beteiligten sich die Kirchen an dem Programm, unterstützten und förderten es, weil sie darin einen Weg sahen, unter den gegebenen politischen Bedingungen weltweite Verantwortung zu übernehmen; denn die Konstellation war überaus günstig dadurch, daß die DDR-Regierung nicht gut das Engagement für das ARP unterbinden konnte, weil es „ein ideales Feld für die DDR-Innen- wie Außenpolitik“ war (306). Die von Besier zitierten „Konzeptionen“ und „Maßnahmepläne“ zur Beeinflussung der Kirchenvertreter hatten teilweise den Charakter politischer Pflichtübungen, kamen aber in den meisten Fällen nicht zum Tragen, so wie ja auch die „Belehrungen“ der Delegationen vor den Vollversammlungen die Urteilsfähigkeit der Delegierten wenig trübten. Von Ausnahmen abgesehen, für die es freilich Belege gibt, hat es auch keine „Spitzelberichte“ gegeben, die Interna preisgegeben oder das Verhalten einzelner Delegierter zurückgemeldet haben. Das alles ließe sich beim direkten Gedankenaustausch klären, interpretieren und auch kritisieren, aber dazu kommt es ja nicht.

Auch die Beschreibung des Verhältnisses von EKD und BEK ist von Unterstellungen und Vorurteilen bestimmt. Als Teilnehmer an Gesprächen in einem Ad-hoc-Ausschuß über das ARP und die Menschenrechte kann ich bezeugen, daß es harte Kontroversen gab; aber diese beruhten nicht auf Pauschalurteilen und bewegten sich vor allem nicht entlang der simplen Demarkationslinie zwischen Ost und West. So gab es EKD-Vertreter, die in der Gewaltfrage entschiedener urteilten als manche Vertreter des BEK, und in der Frage der Menschenrechte ist dokumentiert, daß bereits in den ersten Beschlüssen der KKL und in den ersten „Informationen zum ARP“ der Zusammenhang zu den Menschenrechten hergestellt wurde. Die abwägenden differenzierten Aussagen zur Gewaltproblematik nach der Konsultation

von Cardiff 1972 und in der Antwort auf das Hintergrunddokument des ÖRK „Südafrika – Hoffnung um welchen Preis?“ 1979 sind ja himmelweit von den militanten marxistischen Thesen von der „gerechten Revolution“ und der Berechtigung des Klassenkampfes entfernt; es ist auch wissenschaftlich gesehen höchst fragwürdig, solch simple Gleichsetzungen vorzunehmen.

Dem BEK ist die Frage der Beteiligung am umstrittenen Sonderfonds erspart geblieben, weil aus dem Währungsgebiet der DDR Transfers kaum möglich waren. Deshalb wurde der Weg der materiellen Hilfeleistung gewählt, der allerdings auf den bewährten Kanälen von „Brot für die Welt“ und über das Afro-asiatische Solidaritätskomitee getätigt werden mußte. Gedacht waren die Hilfen vor allem für den humanitären und pädagogischen Bereich. Daraus willige Kooperation mit dem System konstruieren kann nur, wer die konkreten Bedingungen in der DDR von damals nicht zur Kenntnis genommen hat.

An Häme grenzt es dagegen schon, den DDR-Kirchen vorzuwerfen, daß ihre Mitgliedsbeiträge an den ÖRK nur einen Bruchteil der EKD-Beiträge ausmachten. Es hat vieler Jahre harter Verhandlungen mit der DDR-Regierung bedurft, um überhaupt den geringen Betrag von Sfr 30000,- transferieren zu können, vorher waren es Sfr 24000,- gewesen. Ebenso ist es unverständlich, wenn dem BEK vorgeworfen wird, daß er sich um mehr Repräsentanz im ÖRK bemüht hat; denn er war unterrepräsentiert, bei Stabstellen sowieso wegen bestehender Ausreisebeschränkungen, in den Kommissionen, weil der BEK erst 1971 als solcher Mitglied des ÖRK geworden war. Daß die DDR-Kirchen sich eben gerade nicht konform zur Mehrheit der ÖRK-Mitgliedskirchen aus Osteuropa verhielten, läßt sich an ihrem Abstimmungsverhalten in vielen Fällen zeigen. Tatsächlich war es so, daß die Kirchen des BEK im ÖRK eine sehr angesehene Stellung hatten, weil sie in vielen Fragen nicht mit der EKD stimmten und so näher bei den Kirchen der Dritten Welt standen. Die Gründe dafür müßte man einmal darlegen, aber eben ohne Vorurteile und „konkret unterscheidend“, um einen Terminus von Bischof Werner Krusche aufzunehmen.

Vorzuwerfen ist nach Besier den Kirchen des BEK auch ihre Zusammenarbeit mit den Kirchen und den Befreiungsbewegungen von FRELIMO bis SWAPO (275ff). Der Fall Mozambique beweist in Besiers Augen Unkenntnis und Mangel an politischer Urteilskraft bei den Verantwortlichen des BEK, weil der BEK durch das ARP einem Regime zum Sieg verholfen habe, „das eine kompromißlose Unterdrückungspolitik gegenüber den Religionsgemeinschaften verfolgte ... nach dem Muster der kommunistischen Diktaturen im Ostblock“ (278). Der Arbeitskreis Mozambique des BEK hat jedoch dessen ungeachtet über viele Jahre hinweg intensive Kontakte mit den Christen dieses Landes gepflegt, wie sich ebenfalls dokumentarisch belegen läßt. Andere Partner in den sogenannten Frontstaaten und schließlich auch SWAPO und ANC haben mit ihrer Strategie des revolutionären Kampfes Erfolg gehabt und sind jetzt in der Völkergemeinschaft hoch angesehen. Es ist nicht gegen die Intention der Vertreter des ARP in den Kirchen des damaligen BEK, wenn nun heute eine „sozialdemokratische Politik“ des friedlichen Wandels und Wettbewerbs von den ehemaligen Freiheitskämpfern vertreten wird. Trotzdem möchte man mit Ulrich Duchrow hoffen, daß den Menschen im südlichen Afrika viele schlechte Erfahrungen mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung erspart bleiben: „Südafrika muß gelingen!“ (Hinweis 225, JK 75 [1996], 397–401).

Am unbefriedigendsten bleiben die fragmentarischen Hinweise auf die Menschenrechtsproblematik. Im Eintreten der Kirchen des BEK für die „Basisrechte“ sieht Besier aufgrund einer Notiz aus dem Hause Gysi ein Einschwenken auf das marxistische Verständnis der Menschenrechte (304), ohne darauf hinzuweisen, daß dieser Begriff einem „ganzheitlichen“ Verständnis der Menschenrechte verpflichtet ist, wie es in St. Pölten 1974 entwickelt und in Nairobi 1975 von der Vollversammlung des ÖRK angenommen wurde, jedoch keineswegs identisch ist mit den kollektiven Menschenrechten, deren Berechtigung allerdings von den Vertretern des BEK nicht bestritten wurde. Auch das Eintreten der Kirchen des BEK für die Verwirklichung der KSZE-Schlußakte in allen ihren Teilen wird von Besier nicht erwähnt, wie auch nicht die Strategie des BEK, die sozialen und die individuellen Menschenrechte dergestalt miteinander zu verbinden, daß auch die Freiheitsrechte in der DDR einklagbar wurden. Allerdings brachte der ganzheitliche Ansatz den BEK in die Nähe der Mitgliedskirchen aus der Dritten Welt, die sich großenteils vor der Herausforderung sahen, sich in einem sozialistischen System bewähren zu müssen. Da wurde die Kirche in der DDR als „Lerngemeinschaft“ wichtig. Was die Mitstreiter jener Jahre aus dem Bund verdrießen muß, ist der kalte Blick von außen, der nicht nach den Intentionen der Akteure von damals fragt, sondern nur die Akten sprechen läßt, die noch dazu einseitig interpretiert werden.

Nach dem Ende der realsozialistischen Staaten und dem Scheitern der sozialistischen Utopie bleibt jedoch die Frage in der Ökumene lebendig, wie dem Streben nach mehr Gerechtigkeit für alle Menschen Nachdruck verliehen werden kann. Diese Frage ist nicht erledigt, so wie der Rassismus mit dem Ende des Apartheidssystems nicht erledigt ist. Deshalb wäre ein Dialog der Verantwortlichen fällig, in dem jede Position ihr Recht bekommen sollte, also auch die Stimme des IFP-Politikers und Pfarrers Keith Muntuwenkosi Zondi, der den SACC attackiert und alte Rechnungen präsentiert (319ff). Auch die Klage des Leiters der „Christen in der Offensive“ (CIDO), Horst-Klaus Hofmann, gehört m.E. in die Aufarbeitung hinein. Er fordert „Christliche Diakonie und ‚ecumenical correctness‘“ (341ff) ein, nachdem er den Streit um die abgesagte Tagung dokumentiert hat. Auch wenn man seine Beurteilungen mancher Vorgänge anders sieht, werden Verletzungen der Vergangenheit sichtbar, die nach Versöhnung rufen.

Was den geduligten Leser ermutigt, ist ein Interview mit dem „Zeitzeugen“ Hans Wilhelm Florin unter dem Thema: „Aus Solidarität mit den Opfern“ (334ff). Florin kann als Experte gelten, der 1964 im Auftrag der lutherischen Kirchen eine Studie in Südafrika durchführte und später im Bereich Weltmission und christliche Kommunikation arbeitete. Wir verdanken ihm aufschlußreiche Studien zur Situation im südlichen Afrika in der Zeit der Apartheid. In seinem Interview unterstützt er nachdrücklich die Arbeit der sogenannten „Wahrheitskommission“ und stellt fest: „Dabei geht es weniger um Schuldzumessung als vielmehr um die ehrliche Benennung der allseits aufgelaufenen Schuld und mehr um die nachfolgende Versöhnung als um die Bestrafung der Schuldigen“ (337). Auf die Frage nach dem „Eintreten des ÖRK für Gewaltanwendung“ antwortet er: „Die Frage nach dem ‚Eintreten des ÖRK für Gewaltanwendung‘ ist falsch. Das Antirassismusprogramm des ÖRK zielte nicht, wie vielfach vermutet, auf die militärische Unterstützung der südafrikanischen Widerstandsbewegungen. Es suchte ausdrücklich die Programme für Menschenrechte und Soziales dieser Bewegungen zu unterstützen ... Wenn der ÖRK sich dieser

Herausforderung stellte und sein umstrittenes Antirassismusprogramm einrichtete, so tat er das aus Solidarität mit den Opfern einer am internationalen Menschenrecht gemessenen ungerechten Staatsmacht ... Daß sich trotz dieser klar auf humanitäre Hilfe ausgerichteten Ziele des Antirassismusprogramms einige ÖRK-Mitgliedskirchen schwer getan haben, das Programm direkt zu unterstützen, scheint mir nicht so sehr eine objektive Verurteilung des ÖRK und seines Antirassismusprogramms zu sein, als vielmehr der Erweis dafür, daß diese Kirchen ihre ökumenische Solidarität nicht richtig haben einordnen können oder wollen“ (337f). Das neue Programm zur Überwindung von Gewalt sieht Florin als Weiterführung des ARP in einer neuen Situation, vor allem im Hinblick auf die innere Versöhnung von ANC und IFP, aber auch als Beitrag zum „Abbau der politischen wie kriminellen Gewalt“ (340). Florin begrüßt das neue Programm, insofern es ein Beitrag zu einer gerechten Zukunft ist. „Wenn dies mit in der Zielrichtung des neuen ÖRK-Programms eingeschlossen ist, kann ich es nur begrüßen und ihm einen ähnlichen Erfolg wünschen wie dem voraufgegangenem Antirassismusprogramm“ (ebd.). Daß auch diese Stimme in dem Heft zu Wort kommt, ermutigt zum weiteren Gespräch mit den übrigen Autoren.

Auch wenn das Themenheft der KZG für manchen Zeitgenossen eine Zumutung ist, lohnt es sich doch, die darin aufgeworfenen Fragen aufzunehmen, weil ohne ihre Aufarbeitung Versöhnung nicht möglich ist.

Günter Krusche

Gestern – heute – morgen

(bisher Chronik)

Am 28. Februar haben Bischof Dr. Karl Lehmann für die Deutsche Bischofskonferenz und Landesbischof Dr. Klaus Engelhardt für die EKD das „Gemeinsame Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ in Bonn der Öffentlichkeit übergeben. Am Beratungsvorgang war auch die ACK beteiligt. Die ÖR wird berichten.

ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser hat am 4. März in Genf das „Ökumenische Jahr der kirchlichen Solidarität mit den Entwurzelten“ eröffnet. Zu ihnen rechnet der ÖRK 130 Mio. Menschen, neben 15 Mio. Flüchtlingen und 30 Mio. intern Vertriebener die 85 Mio. Arbeitsmigranten, die ihren Lebensunterhalt nicht im eigenen Land sichern können.

Das *Kuratorium von Glauben und Kirchenverfassung*, die frühere Standing Commission, trat vom 8.–15. Januar auf *Einladung des Päpstlichen Einheitsrates*

in der Benediktinerabtei Fontgombault bei Poitiers/Frankreich zusammen.

Sieben methodistische Kirchen Europas wurden Anfang Februar bei einem Gottesdienst in Tallinn/Estland als neue Mitglieder in die *Leuenberger Kirchengemeinschaft* aufgenommen. Das am selben Ort zusammengetretene Leitungsgremium wählte den Präsidenten des Schweizer Evang. Kirchenbundes, Pfarrer Heinrich Rusterholz/Bern, als Nachfolger des verstorbenen rheinischen Präses Peter Beier zum Präsidenten der Gemeinschaft.

Am 13. Dezember besuchte der *Katholikos (Patriarch) der Armenischen Apostolischen Kirche, Karekin I.*, den Papst. Dabei wurde vereinbart, die gegenseitigen Verurteilungen nicht mehr zu wiederholen und einen Dialog aufzunehmen, um die festgestellten Übereinstimmungen in der Christologie offenkundig